



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 25. Mai 2018
(OR. en)

8995/18

PROCIV 26
JAI 430

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	8625/18
Betr.:	Bericht des bulgarischen Vorsitzes über die wichtigsten Ergebnisse auf EU-Ebene im Bereich des Katastrophenschutzes

1. Die Delegationen erhalten anbei einen Bericht des Vorsitzes über die wichtigsten Ergebnisse auf EU-Ebene im Bereich des Katastrophenschutzes.
2. Dem AStV wird empfohlen, den Bericht dem Rat zur Kenntnisnahme zu unterbreiten.

**BERICHT DES BULGARISCHEN VORSITZES ÜBER DIE WICHTIGSTEN
ERGEBNISSE AUF EU-EBENE IM BEREICH DES KATASTROPHENSCHUTZES**

In dem Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse der EU im Bereich des Katastrophenschutzes, die unter dem bulgarischen Vorsitz des Rates der Europäischen Union erzielt worden sind, beschrieben.

Die Gruppe "Katastrophenschutz" hat insbesondere über den Gesetzgebungsvorschlag zur Änderung des Beschlusses über ein Katastrophenschutzverfahren der Union und die Verbesserung der Katastrophenvorsorge beraten. Ebenfalls erörtert wurde der Schutz kritischer Infrastrukturen.

Der Katastrophenschutz war Teil der Bewältigung natürlicher und vom Menschen verursachter Katastrophen weltweit, wobei das Katastrophenschutzverfahren der Union mehrfach aktiviert wurde.

1. Vorschlag für einen Beschluss zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union

Die Kommission hat im November 2017 einen Vorschlag für einen Beschluss zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union¹ angenommen, der darauf abzielt, Prävention, Vorsorge und Bewältigung in der EU zu verbessern.

Die Gruppe "Katastrophenschutz" hat während des bulgarischen Vorsitzes intensiv über den Vorschlag beraten.

Gegenwärtig wird ein Kompromisstext geprüft.

¹ Dok. 14884/1/17 REV 1, Dok. 14883/17.

2. Bestmögliche Nutzung von Strategien zur Verringerung des Katastrophenrisikos

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Verringerung des Katastrophenrisikos zu einer weltweiten Priorität geworden. Im März 2015 erfolgte die Annahme des Sendai-Rahmens für Katastrophenvorsorge, in dem ein neuer umfassender Ansatz vereinbart wurde, mit dem der Übergang vom Katastrophenmanagement hin zum Katastrophenrisikomanagement vollzogen wird. Eines der globalen Ziele dieses Rahmens besteht darin, die Zahl der Länder, die über **nationale und lokale Strategien für Katastrophenvorsorge** verfügen, **bis 2020** deutlich zu erhöhen². Es ist davon auszugehen, dass die Verwirklichung dieses globalen Ziels erheblich dazu beitragen wird, auf globaler Ebene die politischen Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge zu verbessern.

Der Vorsitz veranstaltete am 30. und 31. Januar 2018 in Sofia einen Workshop zu dem Thema "Best use of disaster risk reduction strategies" (Bestmögliche Nutzung von Strategien zur Verringerung des Katastrophenrisikos). Bei dieser Veranstaltung kamen Vertreter aus 31 Ländern, die am Katastrophenschutzverfahren der Union teilnehmen, sowie Experten für Katastrophenrisikomanagement der Kommission, des Büros der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos (UNISDR), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltbankgruppe zusammen. Das vom Vorsitz verfolgte übergeordnete Ziel bestand darin, einerseits den Austausch bewährter Verfahren, gewonnener Erkenntnisse und bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Katastrophenvorsorgestrategien festgestellter Probleme voranzubringen und andererseits die Bedürfnisse der Länder mit der Unterstützung und den Mechanismen, die seitens der Kommission, dem UNISDR, der OECD und der Weltbank verfügbar sind, in Einklang zu bringen.

Gestützt auf die Ergebnisse des Workshops legte der bulgarische Vorsitz in den Sitzungen der Gruppe "Katastrophenschutz" im März und April den Schwerpunkt auf die beiden nachstehenden Themen: Förderung der Katastrophenvorsorge³ und Investitionen in die Katastrophenvorsorge⁴.

² Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030, Vereinte Nationen, 2015.

³ Diskussionspapier des Vorsitzes zur bestmöglichen Nutzung von Strategien zur Verringerung des Katastrophenrisikos - Förderung der Katastrophenvorsorge (Dok. 7235/18).

⁴ Diskussionspapier des Vorsitzes zur bestmöglichen Nutzung von Strategien zur Verringerung des Katastrophenrisikos - Investitionen in die Katastrophenvorsorge (Dok. 7804/18).

Bestmögliche Nutzung von Strategien zur Verringerung des Katastrophenrisikos - Förderung der Katastrophenvorsorge

In einer der Kernaussagen des vom Vorsitz veranstalteten Workshops wird herausgestellt, dass größere Kohärenz zwischen der Politik zur Anpassung an den Klimawandel und der Politik zur Verringerung des Katastrophenrisikos wichtig ist, dass es ebenso wichtig ist, diese beiden Politikbereiche in die Entwicklungspolitik einzubeziehen, und dass der Mehrwert und der Nutzen, die daraus entstehen, dass diese beiden Politikbereiche mit der Entwicklungspolitik verknüpft werden, weit verbreitet und stärker propagiert werden müssen.

Der Vorsitz würdigt die Anstrengungen, die auf EU-Ebene unternommen wurden, um einen umfassenden Ansatz zur Katastrophenverhütung zu erarbeiten und die verschiedenen sektorspezifischen Maßnahmen kohärenter zu gestalten. Anhand der Fragestellungen, die sich bei den Beratungen der Gruppe "Katastrophenschutz" herauskristallisierten, erkannte der bulgarische Vorsitz die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Forschung und die in den Bereichen der Verringerung des Katastrophenrisikos und der Anpassung an den Klimawandel erzielten Ergebnisse besser miteinander zu verknüpfen; ferner stellte er fest, dass mehr gemeinsame Sitzungen erforderlich seien. Zudem möchte der Vorsitz die Kommission ermutigen, zu prüfen, wie die Katastrophenvorsorge besser in die verschiedenen Politikbereiche integriert werden kann, und hat in diesem Zusammenhang Kenntnis von der Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Stärkung des Katastrophenmanagements der EU: rescEU Solidarität und Verantwortung"⁵ genommen.

Bestmögliche Nutzung von Strategien zur Verringerung des Katastrophenrisikos - Investitionen in die Katastrophenvorsorge

Investitionen in die Katastrophenvorsorge sind eines der Leitprinzipien (nämlich das unter Buchstabe j genannte Leitprinzip) und eine der Hauptprioritäten des Sendai-Rahmens für Katastrophenvorsorge. Im Sendai-Rahmen wird herausgestellt, dass öffentliche und private Investitionen in die Prävention und Verringerung von Katastrophenrisiken erstens kosteneffizient und zweitens von wesentlicher Bedeutung dafür sind, die Resilienz in den meisten Lebensbereichen zu stärken. Es wird erläutert, dass Investitionen nicht nur dazu dienen, Katastrophen vorzubeugen, Verluste zu verringern und Leben zu retten, sondern auch zu Innovation und Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und so eine wirksame Wiederherstellung und Rehabilitation sicherstellen. Bei der Förderung der Katastrophenvorsorge und den entsprechenden Investitionen besteht jedoch eines der Probleme darin, dass die Wirkung dieser Maßnahmen oftmals bis zum Eintreten eines Katastrophenfalls nicht wahrnehmbar ist.

⁵ Dok. 14883/17; COM(2017) 773 final.

Der bulgarische Vorsitz begrüßt die Annahme der Mitteilung der Kommission zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums⁶; in dieser Mitteilung stehen nachhaltige Investitionen im Mittelpunkt, ferner wird zum Ausdruck gebracht, dass die EU einer Entwicklung verpflichtet ist, die den Bedürfnissen der heutigen und künftiger Generationen gerecht wird.

Bei den Beratungen in der Gruppe "Katastrophenschutz" wurde herausgestellt, dass Kosten-Nutzen-Analysen für Investitionen in die Katastrophenvorsorge sowie die Ermittlung geeigneter Indikatoren zur Ergebnismessung wichtig sind. Auf der Grundlage dieser Beratungen hat der bulgarische Vorsitz Folgendes festgestellt:

- die Katastrophenvorsorge muss Kernbestandteil der Finanzierung durch die EU werden,
- es ist unerlässlich, ein faktengestütztes wirtschaftliches Konzept für die Katastrophenvorsorge auf Ebene der EU zu stärken.

3. Katastrophenschutzforum

Anlässlich des 6. Katastrophenschutzforums, das am 5. und 6. März 2018 in Brüssel stattfand, kamen etwa 900 Vertreter des europäischen Katastrophenschutzes, der Länder der Europäischen Nachbarschaft und der Ersthelferorganisationen, Vertreter aus Wissenschaftskreisen sowie Vertreter internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und europäischen Institutionen zusammen, um die aktuellen Entwicklungen beim Katastrophenschutzverfahren der Union zu erörtern und neue Ideen vorzustellen, wie die gemeinsamen Herausforderungen bewältigt werden können. Die Teilnehmer hatten außerdem Gelegenheit, eine Ausstellung zur Kommunikation und Aufklärung über Katastrophenrisiken zu besuchen.

Die Tagung des Forums gliederte sich in vier Hauptthemenbereiche:

- Verbesserung der Vorsorge,
- Vereinfachung der Reaktion,
- Ausweitung der Prävention und
- Stärkung der Resilienz in Europas Nachbarschaft.

Es wurden zwei Sitzungen im Plenum und zwölf Sitzungen in Untergruppen veranstaltet. Während der ersten Sitzung im Plenum, die unter dem Thema "rescEU: Solidarität und Verantwortung" stand, erörterten die politischen Vertreter die jüngsten Entwicklungen im Bereich des Katastrophenschutzes in Europa; im Mittelpunkt standen die Anstrengungen, die unternommen werden, um die europäischen Krisenreaktionsfähigkeiten zu verbessern und das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, indem die EU dann tätig wird, wenn sie von ihren Bürgerinnen und Bürgern am meisten gebraucht wird.

⁶ Dok. COM(2018) 97 final vom 8.3.2018.

Bei der zweiten Tagung im Plenum unter dem Motto "Working Across Sectors to Increase Climate Resilience" (Sektorübergreifende Zusammenarbeit zur Steigerung der Klimaresilienz) lag der Schwerpunkt auf der Notwendigkeit, ein sektorenübergreifendes Konzept dafür zu vereinbaren, klimapolitische Erwägungen durchgängig in die Katastrophenschutzpolitik der EU einzubeziehen und auf allen Governance-Ebenen und allen politischen Ebenen verstärkt auf Synergien zwischen der Katastrophenrisikomanagementplanung und den Strategien zur Anpassung an den Klimawandel hinzuarbeiten.

In den zwölf Sitzungen in Untergruppen, die nach vier strategischen Themenbereichen gestaltet waren, wurden die zentralen Fragen behandelt, die sich bei der kürzlich vorgenommenen Leistungsbewertung des Katastrophenschutzverfahrens ergeben hatten, und zusätzliche analytische Arbeiten zum Verfahren durchgeführt.

Außerdem wurde mit lokalen Behörden ein Rundtischgespräch zum Thema "Ausweitung der Katastrophenprävention: von der lokalen zur europäischen Ebene" veranstaltet, um die Synergien zwischen den verschiedenen Programmen im Bereich der Katastrophenvorsorge und die Notwendigkeit höherer Investitionen zu erörtern.

Der Schlussbericht der Konferenz kann auf folgender Webseite eingesehen werden:

http://ec.europa.eu/echo/partnerships/civil-protection-partners/civil-protection-forum_en

4. Verwaltungsvereinbarung mit Tunesien

Am Rande des vorerwähnten Katastrophenschutzforums unterzeichnete die Kommission eine Verwaltungsvereinbarung mit Tunesien, die darauf abzielt, die Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz und bei der Katastrophenvorsorge zu vertiefen. Nach der im Dezember 2016 mit Algerien unterzeichneten Vereinbarung ist dies die zweite, die mit einem Land der südlichen Nachbarschaft der EU unterzeichnet wurde.

In dem Dokument werden die Kernbereiche der Zusammenarbeit, Katastrophenprävention, -vorsorge und -bewältigung, festgelegt. Tunesien wird verstärkt in den Austausch von Erkenntnissen und bewährten Verfahren eingebunden werden; zudem wird das Land weiterhin darin bestärkt, an gemeinsamen Übungen und anderen Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau teilzunehmen.

5. Schutz kritischer Infrastrukturen

Am 11. und 12. April 2018 fand in Sofia die achte Expertentagung EU-USA-Kanada zum Thema "Schutz kritischer Infrastrukturen" im Rahmen der regelmäßigen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada im Bereich des Schutzes kritischer Infrastrukturen statt; diese regelmäßige Zusammenarbeit wurde 2009 als Teil des Europäischen Programms für den Schutz kritischer Infrastrukturen (EPSKI) ins Leben gerufen.

An der Tagung nahmen 60 Experten aus den Mitgliedstaaten der EU, aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada teil; die Schwerpunktthemen waren Cyberbedrohungen, physische Bedrohungen und aufkommende Bedrohungen, wie beispielsweise hybride Bedrohungen, die sich gegen kritische Infrastrukturen richten. Neben anderen Themen wurden zudem Insider-Bedrohungen, Sicherheitsaspekte und der böswillige Einsatz von Drohnen sowie ein anderer Ansatz in Bezug auf die Rechtsvorschriften zum Schutz kritischer Infrastrukturen erörtert.

Außerdem konzentrierten sich die Beratungen auf eine eventuelle gemeinsame Planübung, die vor der nächsten Tagung, die im Herbst 2019 stattfinden soll, durchzuführen wäre.

6. Drittes jährliches Seminar des Wissenszentrums für Katastrophenvorsorge (DRMKC)

Das diesjährige Seminar zur Katastrophenvorsorge, das am 26. und 27. April 2018 in Sofia stattfand, wurde gemeinsam von der bulgarischen Akademie der Wissenschaften, dem bulgarischen Innenministerium und dem Wissenszentrum für Katastrophenvorsorge (DRMKC) der Kommission veranstaltet. An dem Seminar nahmen etwa 120 interdisziplinäre Experten für Katastrophenmanagement, Frühwarnung, Vorhersage, Warnung und Risikobewertung bei natürlichen und vom Menschen verursachten Katastrophen, die in den Bereichen Bevölkerungsschutz und humanitäre Hilfe tätig sind, teil.

Bei dem Seminar wurden die Fortschritte, die das DRMKC seit seiner Gründung im September 2015 verzeichnen konnte, sowie die für Politik und Wissenschaft in Bezug auf die Reduzierung des Katastrophenrisikos bestehenden Herausforderungen, einschließlich der Bewertung der Katastrophenrisikomanagementfähigkeiten sowie der Überwachungsmechanismen des Sendai-Rahmens, und der anstehende Aktionsplan des DRMKC für die Jahre 2019 und 2020 erörtert.

Die Beratungen zielten darauf ab, anhand der vom DRMKC erarbeiteten Ergebnisse und unter Berücksichtigung der Auswirkungen aktueller politischer Entwicklungen im Katastrophenrisikomanagement der EU die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu verbessern. Zentrales Thema der vier Sitzungen in Untergruppen war die Frage, wie der Übergang vom Wissensaustausch zur Umsetzung vollzogen werden kann (d. h. Berücksichtigung seitens der Entscheidungsträger).

In der Sitzung zum Thema "Partnerschaften für Resilienz" wurde deutlich, dass es unerlässlich ist, die Wissenschaft in die Katastrophenvorsorgepolitik einzubeziehen.

In der Sitzung zum Thema "Daten zur Resilienz" wurden die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Datenerhebung und -analyse erörtert. Zu den erörterten Beispielen gehörten die Risikodaten-Drehscheibe (Risk Data Hub) des DRMKC und die von der Gemeinsamen Forschungsstelle entwickelte Datenschicht zum weltweiten Wohn- und Siedlungswesen (Global Human Settlement Layer), die es ermöglicht, Daten zu gefährdeten Gebieten und zu Gebieten, in denen sich menschliche Siedlungen befinden, übereinanderzulegen und so Trends erkennen zu können, die eine Gefährdung für eine höhere Zahl von Menschen und Vermögenswerten bedeuten, und die am stärksten gefährdeten Gebiete zu ermitteln.

In der Sitzung, die sich mit der Aus- und Fortbildung im Bereich der Katastrophenvorsorge befasste, wurde erörtert, wie die Katastrophenvorsorge in den Bildungssektor integriert werden kann, da dies ein wesentliches Instrument zur Sensibilisierung wäre.

In einer weiteren Sitzung stand die Notwendigkeit, Innovationen für Ersthelfer voranzutreiben, im Mittelpunkt.

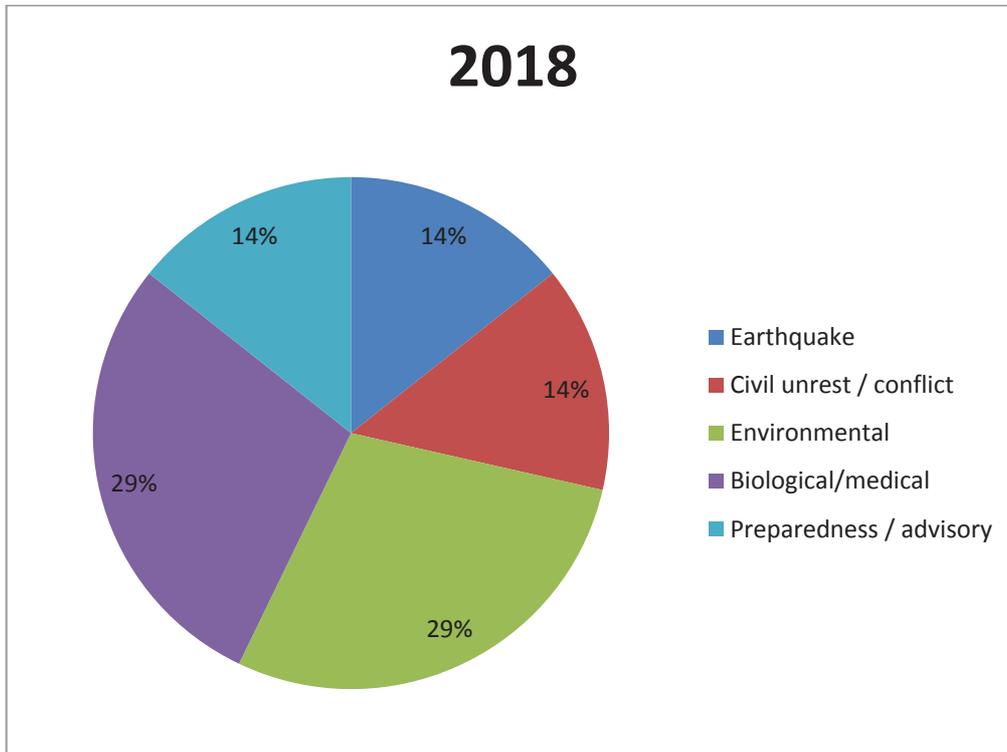
Unter anderem wurden folgende wesentliche Schlussfolgerungen gezogen:

- i) Politische Entscheidungsträger und Praktiker müssen in Forschungsteams einbezogen werden, damit Wissenslücken gefüllt werden und die Ergebnisse von Forschungsprojekten in die Entscheidungsfindung einfließen.
- ii) Die Datenerhebung muss auf eine einheitliche Art und Weise erfolgen, gleichzeitig müssen die erhobenen Daten für die Praktiker auf der lokalen Ebene nützlich bleiben.
- iii) Es ist wichtig, lokale Kapazitäten für die Nutzung von Datensätzen und Plattformen aufzubauen.
- iv) Es ist wichtig, die Sozialwissenschaften in die Katastrophenvorsorge (und in das DRMKC) einzubeziehen, um die Bewältigungskapazität des Menschen zu verstehen und weiterzuentwickeln und die Anfälligkeit für Katastrophen zu verringern.
- v) Das Wissen im Bereich der Katastrophenvorsorge muss auch Land- und Waldbewirtschaftern zugänglich gemacht werden (z. B. zur Vermeidung von Waldbränden), und ökosystemorientierte Lösungen müssen besser in die Risikomanagementplanung einbezogen werden, wobei insbesondere Plattformen wie das DRMKC besser genutzt werden müssen.

7. Reaktion auf Katastrophen und Krisen

Seit Anfang 2018 wurde das Katastrophenschutzverfahren der Union für sieben Hilfsersuchen (zwei innerhalb und fünf außerhalb der EU) aktiviert.

Die Gesamtsituation 2018 ist in der unten stehenden Grafik dargestellt, aufgeteilt nach der Art der Notlage:



Die folgenden Katastrophenfälle erforderten die Aktivierung des Katastrophenschutzverfahrens der Union:

- Umweltgefährdung:
 - Kolumbien – Ölverschmutzung (9. April)
 - Kolumbien – Drohender Dambruch beim Ituango-Staudamm (18. Mai)
- Biologische/Medizinische Gefährdungslage:
 - Rumänien – Mangel an Immunglobulin (5. März)
 - Demokratische Republik Kongo – Ausbruch einer Ebola-Epidemie (12. Mai)
- Waldbrandverhütung und Vorsorge-/Beratungsmission: Portugal (23. April)
- Erdbeben: Papua-Neuguinea (25. Februar)
- Innere Unruhen: Demokratische Republik Kongo - Unterstützung für Maßnahmen des Welternährungsprogramms (4. Mai).

Darüber hinaus hat das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (im Folgenden "ERCC") aktiv die Entwicklungen bei verschiedenen weiteren Katastrophen/Krisen verfolgt, für die keine Hilfsersuchen an das ERCC gestellt wurden und die deshalb im Rahmen der Beobachtung und des Informationsaustauschs verfolgt wurden. Das ERCC hat jedoch mit Koordinierungsmaßnahmen, Lageanalysen und Satellitenaufnahmen bei folgenden Ereignissen Unterstützung bei der Krisenreaktion geleistet:

- Extreme Wetterereignisse: Vereinigtes Königreich (12. Januar) und Kälteeinbruch in Europa (23. Februar)
- Tropische Wirbelstürme: Mauritius (16. Januar) und Tonga (12. Februar).

Aktivierung des Katastrophenschutzverfahrens der Union innerhalb der EU

a) Rumänien – Mangel an Immunglobulin

Rumänien hat das Katastrophenschutzverfahren der Union aktiviert, um aufgrund einer plötzlichen Knappheit im Land Informationen über mögliche Lieferanten für 150 kg Humanimmunglobulin einzuholen. Österreich konnte für 50 kg einen Lieferanten ermitteln und hat im Hinblick auf die Lieferung dieser Menge Kontakt zwischen diesem Lieferanten und den rumänischen Gesundheitsbehörden hergestellt. Rumänien ist für die Gesamtkosten dieser Maßnahme, einschließlich der Transportkosten, aufgekommen. Für die Lieferung der noch fehlenden 100 kg hat Rumänien Kontakt zu einem Lieferanten in den Vereinigten Staaten aufgenommen, dieser Kontakt wurde durch das Euro-atlantische Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe der NATO hergestellt.

b) Portugal – Waldbrandvorsorge

Portugal hat am 23. April durch das Katastrophenschutzverfahren der Union um eine Beratungsmission ersucht, die dazu dienen sollte, Präventions- und Vorbeugemaßnahmen zur Ergänzung der laufenden Maßnahmen zu ermitteln, kritische Interventionsbereiche aufzuzeigen, die Verfahren zu verbessern und zu konsolidieren und gegebenenfalls das System in diesen maßgeblichen Sektoren neu zu definieren.

Die Beratungsmission beinhaltet zudem die Weitergabe praktischer Erfahrungen durch Schulungsmaßnahmen, Workshops und Fallstudien.

Das ERCC entsandte ein drei Experten umfassendes Team:

- einen Experten für Meteorologie und Brandverhalten, der in Lissabon mit der zentralen meteorologischen Behörde zusammenarbeitete und Schulungen in Mangualde (Distrikt Viseu) durchführte,
- zwei Experten für Brandverhütung, die in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Institut für Forstwirtschaft vor Ort in Portalegre, an der Algarve, in Lissabon und Sintra tätig waren.

Die Mission dauerte vom 29. April bis zum 18. Mai. Bis zum Abschluss der Mission erbrachte das Katastrophenschutzteam der Europäischen Union für die portugiesischen Behörden eine Reihe von Leistungen, die unter anderem Folgendes einschlossen:

- eine Fachschulung in Feuerverhalten und Meteorologie für 194 Feuerwehrmänner,
- die Bewertung von fünf Naturparks mit Empfehlungen an die jeweilige Gemeindegremien,
- Orientierungshilfen für die Angleichung landesweiter Feuerindizes und Lernangebote für alle technischen Mitarbeiter des Instituts für Naturschutz und Forsten (ICNF),
- eine direkt an die für die Waldbewirtschaftung zuständigen technischen Mitarbeiter des ICNF gerichtete Schulung in Feuerrisiko-Simulation,
- die verbesserte Erstellung von Risikokarten, einschließlich der Ausarbeitung von Indizes für städtische Gebiete in São Mamede und Sintra-Cascais in Abstimmung mit dem nationalen Institut für Forstwirtschaft,
- Empfehlungen zu möglichen systemischen Verbesserungen auf Makro-Ebene, die in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ausgearbeitet wurden,
- Risikominderungsmaßnahmen für alle bewerteten Gebiete und Angebot der Erstellung verallgemeinerter Extrapolationen,
- Kapazitätsaufbau durch den Gedankenaustausch mit einigen teilnehmenden Agenturen.

Den portugiesischen Behörden wurde der Entwurf eines technischen Berichts übermittelt. Der endgültige Bericht steht kurz vor der Fertigstellung.

Aktivierung des Katastrophenschutzverfahrens der Union außerhalb der EU

c) Papua-Neuguinea – Erdbeben

Am 25. Februar um 17.44 Uhr UTC wurde Papua-Neuguinea von einem Erdbeben der Stärke 7,5, dessen Epizentrum in 35 km Tiefe lag, erschüttert. Ersten Berichten zufolge kamen etwa 80 Menschen ums Leben und etwa 270 000 Menschen waren hilfsbedürftig. Am 2. März erhielt das ERCC ein Hilfeersuchen seitens der Gemeinsamen Gruppe Umwelt/OCHA der Vereinten Nationen, mit dem um die Entsendung eines Umweltexperten in das Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteam der Vereinten Nationen ersucht wurde. Nach der Aktivierung des Katastrophenschutzverfahrens der Union stellten die Niederlande einen Experten für Abwassermanagement und Wasserqualität zur Verfügung, der vom 6. bis 24. März als beigeordneter EU-Katastrophenschutz-Experte zu dem Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteam der Vereinten Nationen entsandt wurde.

Nach Abschluss seiner Bewertung übermittelte der Experte den nationalen Behörden und Partnern, zu denen unter anderem das Nationale Katastrophenzentrum, der Leiter des Emergency Disaster Restoration Team (Team für den Wiederaufbau in Not- und Katastrophenfällen), das Amt für (Umwelt-)Gesundheit und die Weltgesundheitsorganisation zählten, ausführliche Informationen.

Ergänzend erstellte der Notfalldienst des satellitengestützten Kartierungsprogramms Copernicus 16 Satellitenkarten, zu denen auch Karten gehörten, die aufgrund des Ergebnisses der Umweltbewertung angefordert worden waren.

Aus dem EU-Haushalt für humanitäre Hilfe wurden der Rotkreuzgesellschaft Papua-Neuguineas 110 000 Euro für Notunterkünfte und grundlegende Hilfsgüter wie Zeltplanen, Decken, Schlafmatten, Moskitonetze, Küchenutensilien und Hygieneartikel bereitgestellt. Dieser Betrag ist Teil des Gesamtbeitrags der EU zum Disaster Relief Emergency Fund (DREF) (Nothilfefonds für Katastrophenhilfe) der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften.

d) Kolumbien – Ölverschmutzung

Am 2. März kam es in der kolumbianischen Provinz Santander zu einer Ölverschmutzung, die in dem Ölfeld Lisama 158 des Konzerns Ecopetrol ihren Ausgang nahm. Das Austreten von Erdöl konnte einen Monat später eingedämmt werden. Von der Ölverschmutzung waren hauptsächlich die Ökosysteme der Flüsse La Lizama und Sogamoso betroffen. Berichten zufolge waren etwa 195 Menschen schädlichen Gasen ausgesetzt, die Übelkeit, Schwindel, leichte Vergiftungen und Atemprobleme verursachten, und 2 000 Menschen wurden durch Wasserverschmutzung beeinträchtigt.

Dem ERCC ging am 9. April ein Hilfsersuchen seitens der Gemeinsamen Gruppe Umwelt/OCHA der Vereinten Nationen zu, in dem darum ersucht wurde, zwei führende Umweltexperten, Fachrichtung Beseitigung von Ölverschmutzungen, für zwei Wochen nach Kolumbien zu entsenden, um als Mitglieder eines erweiterten Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen die Regierung bei der Bewältigung der Umweltkatastrophe zu unterstützen.

Nach der Aktivierung des Katastrophenschutzverfahrens der Union boten Spanien und Frankreich Umweltexperten an. Es wurden zwei Experten ausgewählt, die dem Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteam der Vereinten Nationen zugewiesen und vom 12. bis zum 26. April nach Kolumbien entsandt wurden.

Nach Abschluss ihrer Bewertung übermittelten die Experten den nationalen Behörden und Partnern umfassende Informationen. Sie sprachen Empfehlungen aus, die Folgendes betrafen:

- die ökologische und soziale Wiederherstellung des betroffenen Gebiets,
- die Verbesserung der künftigen Reaktion auf Umweltkatastrophen,
- die Überarbeitung des nationalen Notfallplans in Bezug auf Kohlenwasserstoffe,
- die Verbesserung der Koordinierung auf institutioneller Ebene.

e) Demokratische Republik Kongo - Innere Unruhen

Angesichts der sich ausweitenden humanitären Krise in der Demokratischen Republik Kongo, von der insbesondere die Provinz Kasai betroffen ist und die dort zu starker Ernährungsunsicherheit geführt hat, hat das Welternährungsprogramm seine Logistikkapazitäten vor Ort um die Koordination von Notfallmaßnahmen sowie um Sicherheits- und Lieferkettenmanagement erweitert. Der Zugang zu der Region bleibt nach wie vor eines der Hauptprobleme für die rasche Bereitstellung von humanitärer Hilfe. Das Welternährungsprogramm hat Kananga als Standort für die Einrichtung eines agenturenübergreifenden Zentrums für humanitäre Hilfe ermittelt und priorisiert und im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union um Unterstützung für die Einrichtung dieses Zentrums ersucht.

Das Welternährungsprogramm hat dem Katastrophenschutzverfahren der Union am 4. Mai 2018 ein Hilfeersuchen zugeleitet, in dem um dreizehn vorgefertigte Container und ein hybrides Energiemodul nachgesucht wird. Schweden hat die geforderten Güter angeboten. Der Versand der ersten Container-Charge wird in der zweiten Juni-Woche erfolgen, die vorgefertigten Container werden voraussichtlich im August 2018 vollständig aufgebaut sein.

f) Demokratische Republik Kongo – Ausbruch einer Ebola-Epidemie

Das Gesundheitsministerium der Demokratischen Republik Kongo hat am 8. Mai 2018 den Ausbruch einer Ebola-Epidemie gemeldet. In Reaktion auf diesen erneuten Ausbruch des Ebola-Virus in der Provinz Equateur haben internationale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Ärzte ohne Grenzen ihre Kapazitäten vor Ort erweitert und Maßnahmen eingeleitet, die es ermöglichen, auf künftige weitere Entwicklungen zu reagieren.

Am 18. Mai 2018 hat die WHO das Katastrophenschutzverfahren der Union um Hilfe ersucht und um medizinische Notfallteams für Infektionsprävention und -bekämpfung, Unterstützungsteams, die auf die Krankenhauseinweisung spezialisiert sind, ein auf die medizinische Evakuierung (MedEvac) spezialisiertes Unterstützungsteam zur Unterstützung der lokalen MedEvac-Kapazitäten sowie um eine mobile Isolierstation für die medizinische Evakuierung ersucht.

Frankreich hat ein auf die Krankenhauseinweisung spezialisiertes Unterstützungsteam (bestehend aus zwei Ärzten und zwei Krankenpflegern) angeboten. Norwegen hat eine mobile Isolierstation und eine Ausbilderschulung für die Handhabung des Geräts angeboten.

Zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Berichts waren 59 Fälle von Ebola gemeldet worden, 27 der infizierten Personen sind verstorben (Sterblichkeitsrate von 46 %). Es wurden 649 Personen ermittelt, die mit dem Virus in Kontakt gekommen sind, 541 davon (89 %) werden vom Gesundheitsministerium überwacht.

g) Kolumbien - Drohender Dambruch beim Ituango-Staudamm

Starke Regenfälle haben den Pegel des Cauca-Flusses, der den Stausee am Ituango-Staudamm im Verwaltungsbezirk (Departamento) Antioquia speist, ansteigen lassen. Zwischen dem 28. April und dem 7. Mai 2018 sind zwei Tunnel, durch die Wasser aus dem Stausee in den Cauca-Fluss umgeleitet wird, eingestürzt. Am 16. Mai wurde der Turbinenraum geflutet, um den Wasserpegel zu senken. Weitere Stauungen im Kraftwerk erschwerten die Lage und führten dazu, dass flussabwärts gelegene Gebiete vorsorglich evakuiert wurden (von dieser Maßnahme waren bis zu 120 000 Menschen betroffen).

Dem ERCC ging am 18. Mai ein Hilfeersuchen seitens der Gemeinsamen Gruppe Umwelt/OCHA der Vereinten Nationen zu, in dem darum ersucht wurde, (Hydro-)Geologen und Experten/Ingenieure mit dem Fachgebiet Damstabilität für zwei Wochen nach Kolumbien zu entsenden, um als Mitglieder eines erweiterten VN-Umwelt-Teams die Regierung Kolumbiens bei der Bewältigung dieser Katastrophe zu unterstützen. Zwei Experten für Staudammstabilität wurden von Frankreich angeboten und zur Unterstützung der Mission ausgewählt; sie wurden am 21. Mai 2018 für zwei Wochen nach Kolumbien entsandt.

Die im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union entsandten Experten wurden damit betraut, die Struktur und die Stabilität des Staudamms unter besonderer Berücksichtigung der möglichen Auswirkungen auf die dortigen Gemeinschaften zu bewerten, den nationalen Behörden Empfehlungen zu geeigneten Vorsorgemaßnahmen und Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen vorzulegen und die unmittelbar und auf mittlere Sicht für Gemeinschaften in der näheren Umgebung und für die Umwelt bestehenden Gefahren abzuwenden. Die Experten werden unter der Leitung des Residierenden Koordinators der Vereinten Nationen und mit der Unterstützung durch VN-Umwelt (Kolumbien) und das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) (Kolumbien) mit den nationalen Behörden und anderen wichtigen Akteuren zusammenarbeiten, um die aus der Instabilität des Staudamms resultierenden potenziell lebensbedrohlichen Situationen und Umweltrisiken abzuwenden.